

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.



Was unser Präsident dazu meint



doch wieder Einzug ins Parlament nehmen.

Für die FBP ist dies ein klarer Auftrag, in bezug auf den Einsatz von stellvertretenden Abgeordneten in Zukunft noch zurückhaltender zu sein als bisher. Abgesehen davon sollte die Stellvertreterfrage meines Erachtens vom Staatsgerichtshof in verfassungsrechtlicher Hinsicht einer Prüfung unterzogen werden; im Interesse unseres Rechtsstaates und um langwierigen Diskussionen endlich ein Ende zu bereiten.

Der Ausgang der gestrigen Volksabstimmung – nicht zuletzt auch die Folge der doppelten Fragestellung auf einem Stimmzettel – hat das Problem – den Versuch zur Stärkung unserer Volksvertretung – leider nicht gelöst. Aber es wurde immerhin ein eindeutiger Trend aufgezeigt. Auch wenn es keine absolute Mehrheit für eine der beiden Initiativen

Neuer Auftrag für die FBP

gab, so sind doch insgesamt um 83 Prozent (nämlich ca. 44 Prozent FBP und 39 Prozent VU) der liechtensteinischen Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich für eine Vergrösserung des Landtages.

Es ist sicher nicht vermessen, wenn ich die Auffassung vertritt, dass viele Frauen der FBP-Lösung auch deshalb den Vorzug gaben, weil sie mit Recht der Meinung sind, dass damit die Chancen der Frauen auf die Erringung eines Parlamentsmandates eher gewährleistet gewesen wären.

Denn logischerweise war für die FBP die Verwirklichung des Frauenstimmrechts eines der ausschlaggebenden Motive, um erneut für eine Erhöhung der Mandatszahl des Landtages einzutreten.

Wäre die FBP Mehrheitspartei, würde sie das Ergebnis der gestrigen Volksabstimmung als Auftrag betrachten, nun ein neues Verfassungsgesetz in Anlehnung an ihren Vorschlag im Landtag einzubringen. Auf diese Weise könnte der gemeinsamen Zielsetzung, die Volksvertretung zu stärken, vielleicht doch zum Durchbruch verholfen werden.

Aufgrund dieses – in dieser Form für mich eindeutigen Ergebnisses, erachte ich es als meine Pflicht, in den nächsten Tagen erneut Kontakt mit der Vaterländischen Union aufzunehmen.

Dr. Herbert Bailiner, Parteipräsident

Keine Erhöhung der Mandatszahl im Landtag

Deutlich höhere Stimmzahl für die FBP-Initiative – die hohe Zahl an Nein-Stimmen entschied

Der Stimmbürger, Frauen und Männer zusammen, hat über das Wochenende ein deutliches Wort an der Urne gesprochen. Bei einer Stimmbeteiligung von 71,45 Prozent erhielt keine der beiden Volksinitiativen die absolute Mehrheit, so dass die Landtagszahl vorerst unverändert auf 15 bleibt. Mit 3701 Stimmen erreichte die FBP-Initiative ein deutlich besseres Resultat als die VU-Initiative mit 3310 Stimmen. Auf die FBP-Vorlage entfielen 43,6 Prozent der Stimmen, auf die VU-Initiative 39 Prozent. Den Ausschlag jedoch gaben die 1478 Nein-Stimmen, die einen Anteil von 17,4 Prozent auf sich vereinen konnten.

In beiden Wahlkreisen konnte die FBP-Initiative mehr Stimmen für sich buchen. Im grösseren Wahlkreis Oberland ergaben sich bei total 1047 Nein-Stimmen insgesamt 2397 Stimmen für die FBP-Initiative, während die VU-Initiative nur 2258 Stimmen erreichte. Im Wahlkreis Unterland, der durch die VU-Initiative in seinem Mandatsverhältnis gegenüber dem Oberland geschmälert worden wäre, fiel die Entscheidung noch deutlicher für die FBP-Initiative aus: 1304 Bürgerinnen und Bürger votierten für ihren Vorschlag, während für den VU-Antrag nur 1052 stimmten. Mit 431 Nein-Stimmen lag im

Unterland auch das Nein-Potential deutlicher niedriger als im Oberland.

Viermal absolutes Mehr für FBP-Initiative

In nicht weniger als vier Gemeinden, nämlich in Mauren, Gamprin, Schellenberg und Planken, ist die FBP-Initiative praktisch angenommen worden, da sie dort das absolute Mehr der gültig abgegebenen Stimmen erreichte. Die VU-Initiative kann nicht in einer einzigen Gemeinde, auch nicht in ihren traditionellen Hochburgen, einen derartigen Erfolg für sich verbuchen. Nur in Triesenberg erreichte sie eine Stimmzahl, die beinahe zur absoluten Mehrheit gereicht hätte, während die FBP in der Gemeinde Vaduz nahe am Gewinn einer fünften absoluten Mehrheit war. Nahe beisammen liegen die Resultate in den Gemeinden Balzers, Triesen, Eschen und Ruggell.

Relativ niedrige Stimmbeteiligung

Mit 71,45 Prozent liegt die Stimmbeteiligung nicht sehr hoch. Zumeist werden bei Sachabstimmungen höhere Beteiligungen erreicht, wenn man von der kürzlich stattgefundenen Abstimmung über das neue Jagdgesetz absieht. Allerdings war das Interesse bei der letzten Erhö-

hungsabstimmung im Jahre 1972 mit 66,69 Prozent noch geringer gewesen, während 1945 – als auch die Erhöhung auf 21 Abgeordnete zur Diskussion stand – immerhin 80,9 Prozent zur Urne gingen. Ob diese niedrige Stimmbeteiligung auf das schöne Wetter, die Gemeinde- und Vereinsfeste oder auf die in den letzten Wochen zunehmende Verwirrungen unter den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zurückzuführen ist, bleibt vorerst eine offene Frage.

Grundsätzlich für eine Erhöhung

Wenn die zustimmenden Voten für die beiden Initiativen zusammengezählt werden, ergibt sich eine deutliche Mehrheit zugunsten einer Erhöhung der Mandatszahl. Nicht weniger als 82,6 Prozent der gültig abgegebenen Stimmen deuteten an, dass sie die eine oder andere Mandatszahl befürworteten. Wenn auch die absolute Mehrheit deutlich verfehlt wurde, kann daraus der Wille des Bürgers für eine Stärkung des Parlaments herausgesehen werden.

(Die Abstimmungsergebnisse in den einzelnen Gemeinden finden sie auf Seite 3.)

KOMMENTAR

Ausser Spesen nichts gewesen? Wenn allein das Abstimmungsergebnis in Betracht gezogen wird, ist man versucht, diesen abgedroschenen Spruch zu zitieren. Hinter dem Abstimmungsergebnis freilich verbergen sich weitere Elemente, die es lohnend erscheinen lassen, sie genauer einer Betrachtung zu unterziehen.

Eine Mehrheit der Bürger hat sich ohne Zweifel für eine Erhöhung der Mandatszahl ausgesprochen, wobei die einen für eine Anhebung auf 21 Sitze votierten, die anderen für eine Erweiterung auf 25 Mandate, ohne das Verhältnis zwischen den Wahlkreisen Ober- und Unterland ändern zu wollen und ohne die nichtgewählten Abgeordneten mit einem Status wie gewählte Abgeordnete zu versehen.

Zeichen für die Demokratie

Dies gilt es bei künftigen Diskussionen um die zweifellos notwendige Stärkung des Parlaments gegenüber Regierung und Verwaltung zu berücksichtigen. Der Entscheid der Bürgerinnen und Bürger ist aber auch eine Verpflichtung für die Parteien, nach einer Lösung zu suchen in Sachen Stellvertretung. Dass die FBP-Initiative ein starkes Übergewicht an Stimmen, sowohl im Unterland wie im Oberland, für sich verbuchen kann, deutet mit aller Deutlichkeit darauf hin, dass die Staatsbürger nicht mehr gewillt sind, das heutige Stellvertretersystem einfach hinzunehmen. Der Entscheid ist in dieser Hinsicht ein Zeichen für die Demokratie, ein Zeichen dafür, dass die künftige Marschrichtung auf ein System ohne die wenig demokratische Einrichtung der Stellvertreter, vor allem wenn sie zusätzlich zu ihrer Stellvertreterfunktion noch Aufgaben in Kommissionen und Delegationen übernehmen sollten, hinielen muss.

Das Abstimmungsergebnis kann aber auch so interpretiert werden, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht gewillt sind, Abstriche an den historisch gewachsenen Wahlkreisen vorzunehmen.

Die kommenden Wahlen von 1986 werden freilich noch unter einem anderen Stern stehen: Dann werden nochmals 15 Kandidaten für den Landtag gekürt, wobei die Chancen der Frauen für eine direkte Vertretung gegenwärtig noch relativ gering erscheinen. Bis dahin müsste freilich auch überprüft werden, ob die Änderung der Geschäftsordnung des Landtag nicht verfassungswidrig, wie das von der einen Seite behauptet, von der anderen Seite in Abrede gestellt wird.

Der Bürger in unserem Land steht zur Demokratie, das ist zum Ausdruck gebracht worden: Die dazu notwendigen Institutionen haben sich danach zu richten. (G.M.)



Das Abstimmungsergebnis des Wochenendes erbrachte für die FBP-Initiative ein wesentliches besseres Resultat als für die VU-Initiative. Rund 71 Prozent der Bürgerinnen und Bürger hatten ihre Pflicht als Staatsbürger ernstgenommen und waren zur Urne gegangen. Unser Bild zeigt Elmar Risch bei der Stimmabgabe im Schaaner Abstimmungsort. (Bild: Eddy Risch)

Abstimmungsergebnis vom 31. Mai / 2. Juni 1985

Gemeinde	Zahl der Stimmberechtigten	Zahl der abgegebenen Stimmkarten	Zahl der eingelegten Stimmzettel	Zahl der gültigen Stimmen	Zahl der ungültigen Stimmen	Zahl der leeren Stimmen	Abstimmungsergebnis		
							Initiative VU JA	Initiative FBP JA	NEIN
Vaduz	1974	1361	1361	1301	32	28	446	620	235
Balzers	1639	1218	1218	1166	7	45	495	481	190
Planken	138	117	117	116	-	1	32	69	15
Schaan	1982	1483	1483	1426	17	40	530	649	247
Triesen	1439	880	880	849	15	16	367	348	134
Triesenberg	1186	887	885	844	17	24	388	230	226
Total Oberland	8358	5946	5944	5702	88	154	2258	2397	1047
Eschen	1384	928	928	912	7	9	371	361	180
Gamprin	435	328	328	317	4	7	120	163	34
Mauren	1163	832	832	810	11	11	253	428	129
Ruggell	657	503	503	491	3	9	221	219	51
Schellenberg	320	264	264	257	5	2	87	133	37
Total Unterland	3959	2855	2855	2787	30	38	1052	1304	431
TOTAL	12317	8801	8799	8489	118	192	3310	3701	1478



FC Balzers schuf gute Ausgangslage

Keht der FC Balzers in die 1. Liga zurück? Die Mannen um Trainer Roland Rehmann schufen sich gestern vor rund 1000 Zuschauern auf der Rheinau eine sehr gute Ausgangslage. Nach dem gestrigen 2:0 (1:0)-Sieg über Dietikon genügt den Balzern nun am kommenden Sonntag im Rückspiel in Dietikon bereits ein Unentschieden zum Aufstieg. Sollte Balzers das Rückspiel verlieren (egal in welcher Höhe), dann käme es zu einem Entscheidungsspiel auf neutralem Terrain. Die Tore gestern für Balzers erzielten Manfred Frick und Walter Schlegel. Unser Bild zeigt Frick's Führungstreffer per Kopf in der 30. Minute. Bericht und weitere Bilder im Sportteil. (Bild: eddy)